



Wolfgang Merkel

Lässt sich die Demokratie digital neu erfinden?

In:

Veränderungen der Kommunikation in der Gesellschaft und politische Konsequenzen :
Streitgespräch in der Wissenschaftlichen Sitzung der Versammlung der
Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 29. Juni 2018 und
thematisch ergänzende Vorträge vom 30. November 2018

ISBN: 978-3-939818-86-1

Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 2019

S. 14 - 20

(Debatte ; 20)

Persistent Identifier: urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-33001



Lässt sich die Demokratie digital neu erfinden?

Neu erfinden? Was genau denn? Die zentralen Institutionen also Parteien, Parlament, Regierung, Gerichte oder Verfahren wie Wahlen und Begrenzung von Regierungsperioden? Oder gar die sie leitenden Prinzipien wie Freiheit, Gleichheit und Herrschaftskontrolle? Wer wollte dies alles neu erfinden und warum? Demokratische Prinzipien, Institutionen und Verfahren sind Jahrhunderte, wenn nicht gar (zweieinhalb) Jahrtausende alt. Sie haben Niederlagen, Niedergang, Brüche und Umbrüche erlebt. Vor allen Dingen aber haben sie überlebt und das in Theorie und Praxis. Die repräsentative Demokratie mag zwar nicht das Ende der Geschichte bedeuten und auch der Wettbewerb der politischen Ordnungssysteme hat sich nicht erledigt. Im Sinne einer langfristigen institutionellen Evolutionstheorie haben die grundsätzlichen Verfahren der Demokratie aber nicht nur überlebt, sondern sie haben sich gewandelt, angepasst, entwickelt und in Maßen auch bewährt. Dies gilt insbesondere für die drei tragenden Grundprinzipien der Demokratie: Freiheit, Gleichheit und Herrschaftskontrolle. Sie markieren den ethisch normativen Kern der Demokratie. Sie sind invariant. Würden sie sich maßgeblich wandeln oder würden sie außer Kraft gesetzt, sollten wir nicht mehr von Demokratie sprechen. Dies geschieht immer wieder im Übergang von Demokratien zu Diktaturen. Kann aber eine Technologie unsere Demokratien substantiell verändern? Und wenn ja, tut sie das zum Guten oder zum Schlechten?

Die Frage muss also anders gestellt werden. Fordert die Digitalisierung die Prinzipien und Institutionen der Demokratie heraus, unterspült sie deren Fundamente oder pervertiert ihre Verfahren? Oder aber, so lässt sich ebenfalls fragen, stärkt sie die demokratischen Institutionen, öffnet sie neue ungekannte Opportunitäten für eine aktivere, direktere und inklusivere Demokratie? Befragt man die Forschung zu diesem Thema, lassen sich dort grosso modo seit Beginn der 1990er Jahre drei unterschiedliche Perioden hinsichtlich möglicher Antworten auf diese Frage erkennen: eine optimistische, eine realistische und schließlich eine pessimistische.

Die optimistische Antwort der ersten Periode imaginierte ein neues Zeitalter einer besseren, digitalen Demokratie als realisierbare Vision. Die Grenzen zwischen Kommunikation, Partizipation, Repräsentation und Dezision würden porös, verflüssigten sich und die Bürger würden sich mehr und effektiver an der Politik beteiligen. Sie könnten sich direkter in politische Entscheidungsprozesse einschalten. Cyber-Libertäre hofften gar, dass genuine Repräsentationsfunktionen durch direktdemokratische Beteiligungs- und Entscheidungsverfahren ersetzt werden könnten. Kommunitäre Internet-Visionäre träumten von einer Partizipationsrevolution von unten. Die Technik habe die Eintrittsschwelle zur politischen Beteiligung gesenkt und diese von ihren räumlichen Beschränkungen befreit.

Noch knapp vor der Jahrtausendwende verblassten diese Utopien und die Konturen einer realistischeren Betrachtungsweise wurden deutlicher. Demokratiegewinne und mögliche Verluste wurden nun gegeneinander abgewogen. Zugleich wurden konkrete politische Instrumente im Netz entwickelt. Diese reichen vom E-Voting über innerparteiliche Beteiligung bei Sach- und Personalentscheidungen, elektronische Watchdogs zu Korruption, dem Entscheidungsverhalten der Parlamentarier, Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Bürgerhaushalten und der frühzeitigen Einbindung der Bürger in Policy-Vorschläge, bisweilen etwas hochtrabend als Crowd Legislation bezeichnet. Eine andere Form entwickelte sich ebenfalls unter der verschönernden Formulierung des E-Governments: Nun können bestimmte Behördengänge gespart, Pässe und KFZ-Zulassungen übers Internet beantragt und Ämter auch elektronisch besucht werden. Dies spart dem Bürger sicherlich bisweilen Zeit und Ärger. Mit Government hat das allerdings wenig zu tun. Es entsteht hier gegenwärtig eine unter Umständen effizientere Form der staatlichen Bürokratie, die diese allerdings gegenüber dem Bürger entpersonalisiert: E-Bureaucracy wäre also der zutreffendere Begriff.

In den letzten Jahren hat sich der Trend in der Beurteilung der politischen Digitalisierung gedreht. Nun überwiegen die skeptischen und warnenden Stimmen vor den Gefahren, die die Digitalisierung mit sich bringt. Sie fokussieren sich vor allem auf das Netz als Plattform der Öffentlichkeit. Nun wurde betont, dass sich die Öffentlichkeit in abgeschottete Teil-Öffentlichkeiten fragmentiert, den berüchtigten Echokammern. Die nur halböffentliche Schattenwelt teilanonymer Meinungsäußerungen ermöglichte das Aufblühen von Hassreden gegen Anders-Denkende und Anders-Seiende. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erhielten eine vorher unbekannte Bühne. Die Hoffnung auf

eine entgrenzte, universell-offene Agorá des Austausches und der Deliberation wurde so in ihr Gegenteil verwandelt.

Exemplarisch, aber doch mit einer gewissen Systematik lässt sich an drei Kernfunktionen bzw. Kernsphären der Demokratie konkreter prüfen, inwieweit die Digitalisierung dort die Demokratie verändert, fördert oder möglicherweise schädigt. Diese sind: Partizipation, Repräsentation und Dezision.

Partizipation

Die Hoffnung war, durch „niedrigschwellige“ Zutrittsmöglichkeiten im Netz die politische Beteiligung anzuregen, auszudehnen – und zwar gerade auch auf jene unteren Schichten, die aus der politischen Beteiligung ausgestiegen sind. Die Offline-Zweidrittel-Demokratie sollte sich durch das Netz wieder auf möglichst alle Schichten ausdehnen. Denn darum ginge es ja primär. Man kann zwar den politisch aktiven Mittelschichten zusätzliche Beteiligungsplattformen einrichten. Dagegen lässt sich wenig einwenden. Aber die eigentliche Krankheit unserer repräsentativen Demokratie und ihres Gleichheitsprinzips ist der Ausstieg des unteren Drittels unserer Gesellschaft aus der politischen Partizipation und deshalb auch der fairen Repräsentation ihrer Interessen. Die Hoffnung trog bisher. Nehmen wir das E-Voting. Die Wahlbeteiligung stieg dort, wo die elektronische Stimmenabgabe ermöglicht wurde, nicht an. Von der Sozialstruktur her ist die Beteiligung online sozial ebenso selektiv wie offline. Das gilt selbst für das Cyber-Musterland Estland. Die unteren Schichten bleiben weg. Allerdings beteiligen sich etwa in Estland mehr junge Menschen an den Wahlen. Dies ist nicht wenig in Zeiten, in denen gerade die jungen Menschen sich zunehmend weniger an der Politik und Wahlen beteiligen. Es könnte die Befürchtung moderieren, dass die jungen Menschen in den formativen Jahren ihrer Bildung und ihres (politischen) Bewusstseins eine lebensprägende Form des politischen Nihilismus habitualisieren. Allerdings ist noch nicht klar, ob dies ein Generationen- oder Kohorten-Effekt sein wird.

Wie aktiv werden eigentlich politische Inhalte im Netz gepostet? 50 Prozent der Netzkonsumenten benutzen das Internet überhaupt nicht für politische Zwecke. 40 Prozent informieren sich gelegentlich politisch über das Internet; 9 Prozent lesen regelmäßiger politische Posts, aber nur 1 Prozent „posten“ selbst regelmäßig im Internet. Empirische Untersuchungen gehen davon aus,

dass in sozialen Medien wie Facebook nur 3 Prozent der Posts einen politischen Inhalt haben. Diese relativ niedrigen Beteiligungsquoten mindern Umfang und Bedeutung, die den politischen Diskursen im Netz demokratiefördernd zuzuschreiben sind. Wenngleich im Umfang keineswegs größer, aber in der Intensität höher, erscheinen die Hasstiraden im Netz, die dort eine halb abgedunkelte Arena gefunden haben, die es ihren Nutzern erleichtert, ihr „schlechteres Ich“ zu entfalten.

Zunehmend setzen Parteien bei der innerparteilichen Willensbildung und Entscheidungsfindung in Sach- und Personalfragen digitale Instrumente ein. Es werden mehr, schneller und kostengünstiger Mitglieder erreicht als in der Offline-Welt. Allerdings scheint es auch hier engere Grenzen zu geben. Zumindest weist der gescheiterte Versuch der Piraten, die innerparteiliche Demokratie zu „verflüssigen“, darauf hin. Die Piraten wollten die innerparteilichen Entscheidungsprozesse über die Software Liquid Democracy demokratisieren. Dort konnte debattiert, deliberiert und entschieden werden. Die Teilnehmer konnten selbst entscheiden oder aber ihre Stimmen auf sog. Delegierte übertragen, nämlich Parteimitglieder, die man für ehrenvoll und kompetent hielt. Ein Delegierter konnte dabei die Stimmen vieler Parteikollegen sammeln. Heraus kamen allerdings intransparente Delegationsketten, die kaum zu durchschauen waren. Insbesondere wurde aber das innerparteiliche Netz auch für innerparteiliche Niedertracht genutzt, dem großen Internet nicht unähnlich. Die Piraten hat diese im globalen Netz nicht unbekannte Nutzung zumindest in Deutschland in die Auflösung geführt.

Das Netz hat bisher noch kaum die soziale Selektivität in der Partizipation, zweifellos eine Krankheit der repräsentativen Offline-Demokratie, therapieren können. Vereinfacht formuliert: Die sozialen Strukturen der Offline-Partizipation werden online, im besten Falle, nur gespiegelt, im schlechteren Fall gar verschärft sich die soziale Selektion durch den sogenannten Digital Divide. Das Internet hat für jüngere netzaffine Menschen die Bequemlichkeitsschwelle zur politischen Teilnahme gesenkt. Bequemlichkeit war aber noch nie ein relevanter Faktor für die politische Beteiligung. Im Gegenteil, man könnte argumentieren, dass politische Partizipation vereinzelt vor dem Computer durchgeführt, das diskursive Prinzip der politischen Deliberation aushöhlt und trivialisiert.

Repräsentation

Alle nennenswerten politischen Repräsentanten präsentieren sich mittlerweile im Netz. Sie senden – oder veranlassen dies – Video-Botschaften, twittern oder bespielen gar YouTube. Das ist aber nicht der eigentliche Akt der politischen Repräsentation. Zwar werden Profile und Positionen der Politiker digital verbreitet, aber als Ort der Deliberation, Diskussion und der politischen Entscheidungen taugt die asymmetrische Information kaum. Der entscheidende Ort der Repräsentation ist und bleibt das Parlament. Daran hat sich nichts geändert. Es ist auch schwer sich vorzustellen, dass sich dies im Zeitalter der Digitalisierung ändert oder auch nur ändern sollte. E-Parliaments können sich selbst die digitalen Visionäre der ersten Stunde kaum vorstellen. Die Vorstellung liefe eher auf die Bedeutungsreduktion von Parlamenten hinaus, wenn politische Entscheidungen im Stile von Referenden direkt durch den E-Demos getroffen würden. Das wäre durchaus in Einklang mit den Befürwortern der direkten Demokratie, die in Repräsentationsmechanismen die Brechung eines „authentischen Volkswillens“ wittern. Für die Problemangemessenheit, Klugheit oder Fairness solcher Entscheidungen hätte dies unabsehbare, aber vermutlich negative Folgen.

Positiv verändert haben sich Repräsentationsmechanismen in der politischen Zivilgesellschaft. Es gibt eine Reihe von nicht gewählten, aber respektierten zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Amnesty International, Transparency International, Human Rights Watch, Election Watch, die eine breit und tief gestaffelte Phalanx von gesellschaftlichen Watchdogs gegenüber der politischen Gesellschaft und ihren Eliten effektiviert haben. Sie sind gewissermaßen moralische Repräsentationsinstanzen der Gesellschaft. Der australische Demokratietheoretiker John Keane sieht darin sogar das Heraufziehen einer Monitory Democracy, also einer Demokratie zweiter Ordnung, die die erste Demokratie, die repräsentative Demokratie, beobachtet. Ihre Repräsentationskraft ziehen sie nicht aus einer allgemeinen Wahl, sondern sie legitimieren sich aus ihren integren Motiven, ihrem moralischen Ansehen und dem funktionalen Beitrag, den sie zu einer transparenten Funktionsweise der Demokratie leisten. Diese Art der zivilgesellschaftlichen Repräsentation und Supervision kann als ein Demokratiegewinn verbucht werden.

Parteien, ihre Spin-Doctors und Digitalbeauftragten nutzen in Wahlkämpfen – vor allem der USA – die auch mit Hilfe der sozialen Medien gesammelten Wählerdaten für das sogenannte Micro-Targeting. Sie adressieren spezifisch

zugeschnittene Botschaften. Bisweilen kommen diese auch in der Form von Dark Posts, d. h. sie sind dann nur für die Zielgruppe einzusehen. Für das restliche Elektorat bleiben sie abgedunkelt. Dies ist zwar legal, trägt aber dennoch die Züge einer illegitimen Manipulation.

Dezision

Dass der Begriff E-Government eigentlich E-Bureaucracy genannt werden müsste, wurde schon gesagt. Auch dass Twitter nicht nur segensreich die Informationsvielfalt erhöht. Wir erleben gerade bei dem mächtigsten Präsidenten der Welt, wie er über Twitter eine pöbelhafte Version der Carl Schmitt'schen Idee einer plebiszitär-direkten Führerdemokratie am Parlament vorbei zu etablieren sucht. Aber selbst der Präsident eines präsidentiellen Systems, wie jenem der USA, kann seine Entscheidungsposition zwar bei Twitter seinen Followers oder „Enemies“ (Trump) und der Welt verkünden, aber bei den meisten Entscheidungen ist auch er auf die Zustimmung des Parlaments angewiesen. Also erfüllt auch hier das digitale Medium vor allem eine Kommunikations-, weniger eine Repräsentations- und schon gar nicht eine Entscheidungsfunktion.

Bleiben in der Sphäre der Dezision mindestens drei Bereiche: Die Wahlentscheidung der Bürger, die Sachentscheidung bei gesellschaftsweiten Volksentscheiden, die Sach- und Personalentscheidung in den politischen Parteien sowie den großen gesellschaftlichen Verbänden. Dazu wurde oben schon Relevantes gesagt. In Zeiten der Manipulierbarkeit von digital organisierten Wahlen oder der kaum zu erbringenden Garantie der Wahrung des Wahlgeheimnisses gegenüber dem Staat und unbefugten Dritten, wachsen auch hier die Bäume nicht in den Himmel. Am ehesten dürften Parteien und Verbände das Netz für eine Demokratisierung der innerorganisatorischen Demokratie nutzen.

Summa

Die Bilanz ist ernüchternd. Ich schließe nicht völlig aus, dass ein Bias darin steckt, da sie von jemand gezogen wird, der einer fortgeschrittenen Alterskohorte angehört. Es ist aber jemand, der das Netz intensiv für seine wissen-

schaftlichen Aktivitäten nutzt und mit seiner Abteilung am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) einen eigenen Demokratie-Blog aufgebaut hat. Eine private politische Beteiligung über das Netz käme jedoch für mich nicht in Betracht.

Die Digitalisierung hat unser Kommunikationsverhalten und unsere berufliche Arbeit stark verändert. In der Politik gewinnen die negativen Effekte die Oberhand. In Diktaturen wird das Netz von den autokratischen Eliten effektiver genutzt als durch ihre Opposition. Der autoritäre Überwachungsstaat hat sein effektivstes Kontrollinstrument gefunden. Die Volksrepublik China malt gerade dies autoritäre Menetekel auf den Schirm. In kapitalistischen Demokratien nutzt der private digitale Kapitalismus die privat gesammelten Daten legal für Geschäfte oder illegal, wie im Fall von Cambridge Analytica für die Manipulation von Wahlen. Die politische Kommunikation hat sich im Zeichen der Digitalisierung verändert. Wenig verändert haben sich durch die Digitalisierung jedoch bisher die Kernverfahren und Kerninstitutionen unserer Demokratien. Das ist, so möchte man legitimationstheoretisch hinzufügen, auch besser so.